Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Diejes Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Verschuld höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" wöchentlich 2.40 RM., halbmonatlich 1.20 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12307. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 RM., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 3.50 RM. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnachsendung 10 Pf.

Nr. 221 | Dresden, Donnerstag den 20. September 1928 | 39. Jahrg.

Hintertreibung der Abrüstung

Erfolgloser deutscher Vorstoß

T. Genf, 19. September (Eigener Drahtbericht).

Der Mittwoch brachte in der Abrüstungskommission des Völkerbundes einen **neuen Vorstoß Deutschlands** für die **sofortige Abrüstung.** Gegenüber der unzureichenden Resolution Frankreichs legte Deutschland der Kommission eine neue Resolution vor, in der auf die Sicherheit, die der Völkerbund, die Locarno-Verträge und der Kellogg-Pakt der Völkern geben, hingewiesen wird. In der Entschließung heißt es, daß die technische Seite der Herabsetzung der Rüstungen endlich durch die Vorbereitende Abrüstungskommission versucht worden sei und es sich nunmehr noch um

den Ausgleich politischer Gegensätze

handle. Diese politischen Differenzen könnten, soweit das nicht in direkten Verhandlungen geschieht, nur auf einer Abrüstungskonferenz behandelt werden. **Der Völkerbundsrat soll daher beauftragt werden, das Datum der Abrüstungskonferenz, die im Laufe des Jahres 1929 stattzufinden hat, festzusetzen.**

Gegen diese Resolution wandten sich mit Ausnahme Deutschlands alle Staaten. Boncour behauptete, daß nur der Locarno-Vertrag reale Sicherheiten gäbe und die Bewältigung der politischen Schwierigkeiten in der Vorbereitenden Kommission und nicht auf einer Abrüstungskonferenz geschehen müsse. Wie er lehnten Benesch, Schweden, die Schweiz, Italien, Polen und Spanien die Festlegung der Abrüstungskonferenz ab. Es gab erbauliche Begründungen für diese Ablehnung. Japan meinte, es müsse auf einer solchen Konferenz mit mindestens 100 Delegierten erscheinen und könne das — Reisegeld nicht wagen, wenn es von vornherein ein politischer Erfolg sicher sei. Als einziger unterstützte Japan den Vorschlag des Vorsitzenden der Vorbereitungskommission, die Seemächte in Paris privatim zu versammeln. Polen begrüßte den Passus in der französischen Resolution, daß einige Staaten sich noch nicht zustimmend gesichert hielten, und erklärte zum soundsovielten Male, daß dies bei Polen der Fall sei, und infolgedessen Polen nicht sehe, wie eine Abrüstungskonferenz schon jetzt zu einem Ergebnis kommen könne. Der Italiener wandte sich dagegen, daß immer neue Staaten in die Abrüstungskommission aufgenommen wolle, und erklärte, daß man gar nicht wisse, ob die Abrüstungskommission noch fünf Jahre lang weiterarbeiten müsse!

Bernstorff verteidigte zwar den deutschen Standpunkt sehr wacker, erreichte aber nicht mehr, als die Einsetzung eines Redaktionskomitees, in dem sich Bernstorff, Boncour, Lord Cushendun, Benesch und andere über **eine neue gemeinsame Resolution einigen sollen.**

*

Demagogische Pariser Klagen

P. Paris, 20. Sept. (Eig. Funkspr.) **Der Antrag Bernstorffs auf baldige Einberufung der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes** wird von der Pariser Presse sehr unfreundlich besprochen. Ueberall glaubt man darin eine „demagogische Machenschaft Deutschlands" zu sehen, die keiner ernsten Beachtung wert sei. Dabei bedient sich die Pariser Presse einer Anzahl von Argumenten, die in der Tat nichts anderes sind als schlimmste Demagogie, denn sie laufen nur darauf hinaus, die bisher mit großem Pomp gefeierten Friedensbemühungen zu diskreditieren. So erklärt der Petit Parisien, der Hinweis Bernstorffs auf den Kellogg-Pakt als Sicherheitsgarantie sei abwegig, denn dieser Pakt sei „noch nicht ratifiziert".

Sauerwein treibt dasselbe Argument im Matin schon bis ins Abnorme. Er erklärt, nur diejenigen Verträge, die Sanktionen und gegenseitige Hilfe gegen jeden Angriff vorsehen, hätten einigen Wert und könnten als Sicherheitsgarantien angesehen werden. Deutschland wolle nichts anderes, erklärt Sauerwein weiter, als die Abrüstungskonferenz des Völkerbundes zum Scheitern zu bringen, damit dann Bernstorff in bewegtem Grabgesang volle Rüstungsfreiheit für Deutschland fordern könne.

*

Macdonald protestiert

S. London, 19. Sept. (Eig. Drahtber.) In einer nach seiner Rückkehr aus Kanada gewährten Unterredung übt der Führer der britischen Arbeiterpartei, Ramsay Macdonald, **scharfe Kritik an der britischen Regierung, deren Verantwortlichkeit für das Scheitern der Verhandlungen der Vorbereitenden Abrüstungskommission er besonders unterstrich.** Die Art und Weise, wie die ganze Frage behandelt worden sei, und insbesondere die nur negativ kritisierende Haltung der britischen Regierung hätten notwendigerweise zu einem Stillstand der Arbeiten der Kommission führen müssen. Diese Arbeiten müßten jetzt wieder aufgenommen und einer Lösung entgegengeführt werden, falls die verschiedenen Friedenspakte und Abkommen nicht praktisch völlig bedeutungslos werden sollen.

Macdonald teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß er sich im Laufe des Oktobers nach Wien, Prag und Berlin begeben werde, um die politische Lage an Ort und Stelle zu studieren.

Wehrfrage und Sozialdemokratie

Von Herm. Fleißner

Der Panzerkreuzerkonflikt innerhalb der Sozialdemokratischen Partei hat plötzlich das ganze Wehrproblem aktuell werden lassen. Die Partei hat jedoch allen Anlaß, die beiden Fragen nicht zu vermischen, um etwa den Panzerkreuzerfall nach dem Plane schlauer Parteistrategen in der Versenkung verschwinden zu lassen. Wir müssen auch Verwahrung dagegen einlegen, wenn man schon zu Beginn der Erörterungen über das Wehrproblem die äußerst wichtige Angelegenheit auf ein falsches Gleis zu schieben sucht. Das geschieht, wenn der Rat befolgt würde, den Severing in einer Reichsbannerversammlung in Lübeck gegeben hat. Er meinte dort, daß man „diese Frage" auch im Kreise der Mitgliedschaften des Reichsbanners „prüfen" solle. Damit würde „politische Erziehungsarbeit" geleistet.

Wer eine möglichst große Verwirrung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei über „diese Frage" anrichten will, der braucht nur nach dem Severingschen Rezept zu verfahren! Die Wehrfrage ist eine Sache, die niemals in einer Körperschaft geklärt oder entschieden werden kann, der bürgerliche Parteien neben der sozialdemokratischen angehören! Denn es handelt sich für uns nicht darum, zu erörtern und festzustellen, wie die sogenannten republikanischen Parteien zur Wehrfrage stehen, sondern, wie sie vom sozialdemokratischen Standpunkte aus zu erörtern und zu entscheiden ist. Mit „Erziehung" hat das sehr wenig zu tun, vielmehr aber mit gereifter grundsätzlicher Einsicht und Ueberzeugung. Für die Sozialdemokratie kommt es nicht nur darauf an, „die Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik umzugestalten" — um mit Severing zu sprechen —, sondern dafür zu sorgen, daß die Wehrmacht der jetzigen bürgerlich-kapitalistischen Republik in entscheidenden Situationen nicht ein Instrument gegen das siegreiche Vordringen des sozialistischen Klassenkampfes werde. Da müssen sich auch die Geister im Reichsbanner scheiden, wenn man nicht annehmen und hingehen lassen will, daß sich in dieser Organisation die Sozialdemokraten den Demokraten und den Zentrumsleuten fügen, die als bürgerliche Parteivertreter die jetzige bürgerliche Republik zu verteidigen und die Reichswehr als Machtinstrument in diesem Sinne zu gestalten haben und gestalten werden. Wird das Problem so grundsätzlich behandelt — und anders darf es nicht geschehen! —, dann müssen im Reichsbanner sofort die Gegensätze aufeinanderstoßen. Es liegt also im Interesse der Reichsbannerschaft selbst, wenn so wichtige grundsätzliche politische Fragen nicht in seine Reihen getragen werden. Wer das versucht, leistet dieser Organisation einen sehr schlechten Dienst —, es sei denn, daß damit die Absicht der Verkleisterung und Verwirrung verbunden ist, was noch schlimmer wäre.

Mit der Formel: „Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik" werden sich sicher alle bürgerlichen Parteien — mit Ausnahme kleiner extremer Kreise von ganz rechts — einverstanden erklären. Denn ihnen kann es nur lieb sein, wenn diese Republik, so wie sie jetzt ist, möglichst gesichert wird, und wenn sie dabei die tätige Mithilfe der größten politischen Partei, der sozialdemokratischen, fänden. Sie werden aber sofort den schärfsten Widerstand leisten, wenn unter „Umgestaltung" der Reichswehr eine solche im sozialistischen Sinne verstanden werden sollte. Es ist eine heillose, verwirrende Illusion, zu meinen, daß unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen es auch nur annähernd möglich wäre, eine solche „Umgestaltung" zu erzielen. Als Machtfrage kann sie endgültig nur gelöst werden durch die Entscheidung im Kampfe der Klassen! Dieser Gesichtspunkt muß bei Erörterungen innerhalb unserer Partei der leitende und ausschlaggebende bleiben. Und unsere praktische Politik der Gegenwart in der Wehrfrage muß sich auf dieser Linie bewegen.

Erreicht wurde allerdings bisher im Reichstage gar nichts. Man kann freilich auch nicht sagen, daß die sozialdemokratische Fraktion energisch und stürmisch vorgegangen wäre. Im Gegenteil, sehr vorsichtig und tastend. Nachdem wir in der Reichsregierung vertreten sind, müßte besonders auf dem Gebiete der Wehrmacht deutlich und weithin bemerkbar werden der Wille und der Einfluß von vier sozialdemokratischen Ministern mit einem ebensolchen Kanzler, der nach der Verfassung die entscheidende Führung in der Politik hat. Denn nach Meinung aller unentwegten Koalitionsfreunde sollen Ministersitze ja starke Machtpositionen sein. Wir werden sehen und wollen dabei einmal den Panzerkreuzerfall ganz aus dem Spiel lassen.

*

In seiner Lübecker Schwarz-Rot-Gold-Veranstaltung hat Severing auch noch andere sonderbare Bemerkungen gemacht. „Heran an die Macht, die Republik den Republikanern!" — so rief er pathetisch aus. Die Macht den „Republikanern". Die bürgerlichen Parteien in ihrer großen Mehrheit müssen geradezu entzückt sein von Aussichten, die ihnen hier eröffnet werden — von sozialdemokratischer Seite. Denn „Republikaner" wollen sie heute in dieser Republik, in der es dem Kapitalismus so gut, der Arbeiterklasse aber schlecht geht, schließlich alle sein. Unter solchen Gesichts-

Marinechef und Putschisten

Raeder ist verdächtigt

Der Admiralsnachfolger des zurückgetretenen Chefs der Marineleitung ist der rangälteste Offizier der Marine, der Kommandeur der Ostseestreitkräfte, Vizeadmiral Raeder, in Aussicht genommen. Wenn das wahr ist, kann man vom Regen in die Traufe. Nicht, als ob er zu einer neuen Phoebus-Affäre seine Hand leihen könnte. Aber Raeder ist der Kommandant jener Marinestreitkräfte, die bis vor kurzem noch mit dem Bund Wiking und Ehrhardt-Putschisten in engster Verbindung stand, in deren Befehlsbereich ein Hohenzollernprinz majestätisch empfangen werden durfte und wo heute ein Wikinger und Ehrhardt-Putschist immer noch mehr gelten soll als jeder andere.

Die Verbindungen maßgebender Stellen der Ostseestreitkräfte mit dem verbotenen Wikingbund und Ehrhardtbund wurden im Februar auf dem Preußentag der Sozialdemokratie in Berlin von dem Abgeordneten Heilmann an Hand zahlreicher Dokumente aufgedeckt. Aus den Dokumenten ergibt sich, daß die höchsten Stellen der Kampfstreitkräfte von diesen Verbindungen wußten und Putschisten in ihrem Einverständnis aus „geheimen" Fonds bezahlt wurden. Kein Zweifel, die Hauptverantwortung für diesen Skandal trägt der gegenwärtigen Kommandeur der Ostseestreitkräfte. Soll er trotzdem, trotz der Duldung dieser Zustände, an die Spitze der Reichsmarine gestellt werden? Schöne Aussichten!

*

Damals die Dinge im einzelnen bekannt wurden, hat der Oberreichsanwalt ein Verfahren ein, das bis heute noch abgeschlossen ist. Warum, weiß man nicht. Raeder darf unter keinen Umständen nach Berlin berufen werden, solange das Verfahren nicht abgeschlossen und der Tatbestand festgestellt ist, das sollte wohl selbstverständlich sein.

Volksbundestag in Argentinien. Das argentinische Parlament hat einstimmig den Gesetzentwurf über die Einführung des „Volksbundestages" angenommen.

Kampf im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau?

Dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier steht, wenn nicht ein Wunder passiert, eine neue ernste Heimsuchung bevor. Es sieht im Augenblick ganz so aus, als ob in kurzer Zeit der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau wieder einmal zum Kampfplatz eines scharfen, sehr ernsten Arbeitskonflikts wird. Der Ausgang der Schlichtungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Neuregelung der Löhne, der Arbeitszeit und des Manteltarifs für die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter muß sehr pessimistisch stimmen. Wie die Dinge im Augenblick liegen, ist eine neue und größere Kraftprobe unvermeidlich — eine Kraftprobe, bei der — das kann man jetzt schon voraussagen — auf seiten der Arbeiterschaft mit größter Erbitterung gekämpft werden wird; denn die Haltung der mitteldeutschen Braunkohlenherren bei den Verhandlungen hat dem Faß den Boden ausgeschlagen.

Die Schlichtungsverhandlungen sind am Mittwoch abend aufgeflogen. Die Kluft zwischen den Forderungen der Arbeitnehmer und der Haltung der Arbeitgeber, die auch nicht zu dem geringsten Zugeständnis bereit sind, und noch Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen erzwingen wollen, war unüberbrückbar. Ein Weiterverhandeln war unter diesen Umständen zwecklos. Die Arbeitnehmervertreter beantragten schließlich Vertagung der Verhandlungen. Dieser Antrag wurde von den Unternehmern abgelehnt. Warum? Das ist eigentlich unverständlich; denn bei ihrer Haltung war ja ein Verhandeln völlig sinnlos. Die Arbeitnehmer machten schließlich kurzen Prozeß: die Verhandlungen wurden abgebrochen. Der Schlichter beabsichtigt nun, in den nächsten Tagen einen neuen Verhandlungstermin anzuberaumen. Wahrscheinlich werden diese neuen Verhandlungen am Sonnabend beginnen. Ob sie eine Wendung bringen?

Mit welcher Frivolität die Arbeitgeber in dem Lohnkonflikt des mitteldeutschen Braunkohlenreviers vorgehen, zeigt sich in geradezu abstoßender Form an ihrer Haltung in der Urlaubsfrage. Man stelle sich vor: drei Tage Urlaub für Bergarbeiter bis hinauf zu 21 Jahren! Drei Tage Urlaub für Jugendliche, in einer Zeit, wo unendlich viel über gesetzliche Verankerung einer ausreichenden Urlaubszeit für die Jugendlichen und die jüngeren Arbeiter geredet und geschrieben wird! Drei Tage Urlaub für den jugendlichen Nachwuchs im Bergbau! Ist das nicht unerhört? Und diese Provokation genügt den Braunkohlenherren noch nicht. Sie fordern auch noch Kürzung des Urlaubs für etwa 8000 Bergarbeiter. Und dazu Ablehnung der Arbeitszeitverkürzung, Ablehnung der Lohnerhöhung! Sind die mitteldeutschen Braunkohlenherren vom Teufel besessen? Sie spielen ein gefährliches Spiel.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19280920/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG